

Wirtschaft steckt in der Energieklemme

Firmen wollen sich bei Knappheit künftig gegenseitig aushelfen. Doch bei den Behörden gehe es nicht voran

Jürg Meier

Nach der Krise ist vor der Krise: Gemäss diesem Grundsatz agiert derzeit die Schweizer Wirtschaft. Sie will sich nicht einlullen lassen vom schadlos überstandenen Krisenwinter. Die Preise für Gas und Strom an den Märkten haben sich zwar beruhigt, und die durch Russlands Gaslieferstopp verursachten, rekordhohen Notierungen von letztem Herbst sind Geschichte. «Doch das kann sich sehr schnell ändern», sagt Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor des Industrieverbandes Swissmem. Laut Economiesuisse-Geschäftsleitungsmitglied Alexander Keberle wird das Thema Energieversorgungssicherheit die Schweiz sogar noch «die nächsten fünf bis zehn Jahre» begleiten.

Um gerüstet zu sein, macht die Wirtschaft nun beim Bund und bei der Energiebranche Druck. Sie sollen endlich dafür sorgen, dass eine bereits im letzten Krisenwinter geschaffene Handelsplattform richtig zum Funktionieren kommt.

Schäden minimieren

Die Plattform soll in einer Mangellage eingesetzt werden. In einer solchen kann der Bund eine Reduzierung des Strom- und Gasverbrauchs verlangen, zum Beispiel um 10% oder 20%. Doch laut Jean-Philippe Kohl von Swissmem gibt es Firmen, die nicht einfach vier Wochen lang 20% weniger Strom verbrauchen können. Ihre Produktionsprozesse liessen das gar nicht zu. «Diese Firmen stellen darum lieber zwei Wochen ganz ab und verkaufen ihr Kontingent», erklärt Kohl. Zu einem späteren Zeitpunkt können sie dann auf dem Markt Kontingente zukaufen und die Maschinen auf Vollast laufen lassen.

Das Bedürfnis der Swissmem-Mitgliederfirmen nach einer solchen Plattform ist gemäss Kohl gross. «Dank ihr lassen sich die Schäden einer Mangellage so klein wie möglich halten.» Allein in der Schweizer Industrie könnten mehrere hundert Firmen im Notfall von einer solchen Platt-



Grossverbraucher hoffen, in einer Strommangellage dank dem Handel mit Kontingenten Schäden zu minimieren: Datencenter des Cern in Meyrin.

form profitieren. Doch längst nicht nur da: Interesse an einer solchen Lösung besteht bei vielen Grossverbrauchern, von Bäckereien über Chemiefirmen bis hin zu Datacentern. Die Behörden müssen laut Kohl nun rasch die nötigen Entscheide fällen, damit die Plattform ihre ganze Wirkung entfalten könne. «Wir fordern das seit Monaten mit Vehemenz.»

Der Kontingentenhandel würde über die Plattform mit der Adresse mangellage.ch laufen. Sie hätte bereits im vergangenen September aktiviert werden sollen. Doch seither harzt es. «Wir wissen noch immer nicht, wie die Regeln für die Lieferung von Erdgas und Strom genau aussehen

werden», sagt René Baggenstos von Enerprice, dem Beratungsunternehmen, das für die technische Umsetzung der Plattform sorgt. «Uns läuft die Zeit davon. Wenn die Vorgaben des Bundes und der Energiebranche bis Ende Juni nicht vorliegen, dann können wir die Handelsplattform nicht in Betrieb nehmen.» Der Grund: Die Plattform muss getestet und vom Bund bewilligt werden. Zudem müssen sich Nutzer und Energielieferanten mit ihrem Funktionieren vertraut machen, damit sie im Notfall auch wirklich reibungslos läuft.

Besorgt zeigt sich auch Alexander Keberle von Economiesuisse. «Der Bund hat angekündigt, er

wolle den Handel mit Kontingenten im kommenden Winter ermöglichen», sagt er. «Doch wir machen uns Sorgen». Der Bund müsse endlich klar sagen, wie sein Umsetzungsplan aussieht.

Ein Sprecher der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) entgegnet, es sei bereits im vergangenen Winter ein Vorschlag ausgearbeitet worden, wie der

In der Industrie könnten mehrere hundert Firmen von einer Plattform profitieren.

Kontingentenhandel «unter Einhaltung von gewissen Vorgaben» umgesetzt werden kann. Dies in enger Zusammenarbeit mit dem Ostral, der Organisation, die aus Vertretern der Stromwirtschaft besteht und bei einer Mangellage auf Anordnung des Bundes zum Einsatz käme. Der Handel mit Kontingenten sei darum bereits heute möglich.

Für den nächsten Winter laufen bereits Arbeiten, diesen Handel weiter zu erleichtern, wie der Sprecher versichert. Zum Beispiel sollen neu Firmen einbezogen werden, die Standorte überall in der Schweiz haben und dadurch Gas und Strom von ganz verschiedenen Lieferanten beziehen.

«Höchste Priorität»

Lukas Küng, der Leiter der Krisenorganisation Ostral, sagt eines deutlich: Die Plattform genieße bei seiner Organisation «höchste Priorität». Ihre Umsetzung liege nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern auch in jenem der Strombranche. Allerdings warnt er vor der hohen Komplexität: 30 000 Grossverbraucher und über 600 Betreiber von Stromnetzen seien Teil des Prozesses. Zudem müsse sichergestellt sein, dass das System funktioniere und Firmen, die ihre Kontingente verkauft haben, den Energieverbrauch dann auch tatsächlich senken. Aus Sicht von Küng wird es darum mehrere Entwicklungsschritte brauchen, um das System wie gewünscht umzusetzen.

Dass es harzt, dürfte aber noch andere Gründe haben als die hohe Komplexität. So bestehen zwischen der Strombranche und dem Bund Differenzen über das Vorgehen. Etwa darüber, wer genau die nötigen Rahmenbedingungen für die Plattform festlegen muss. Beim Bund könnte es zudem eine gewisse Zurückhaltung geben, eine technisch relativ komplexe Internetplattform für die Bewältigung einer Mangellage einzusetzen. Bisher setzte er dafür auf eher grobschlachtige, dafür aber einfachere Instrumente wie generelle Sparvorgaben.

Knatsch der Konsumentenschützer

Verdacht auf zu hohe Tarife: Der Preisüberwacher knöpft sich Comparis vor. Die Firma verweigert Auskünfte. Guido Schätti

Beide sehen sich als Robin Hood der Konsumentinnen, beide inszenieren sich als Schrecken der Abzocker, und beide schreiben sich den Kampf für Wettbewerb und faire Preise auf die Fahne. Doch jetzt liegen sie sich selbst in den Haaren: der Preisüberwacher Stefan Meierhans und der Vergleichsdienst Comparis.

Schon im letzten Sommer eröffnete der Preisüberwacher eine Untersuchung gegen die Zürcher Privatfirma, wie er damals in einem Newsletter ankündigte. Der Vergleichsdienst soll die Preise missbräuchlich erhöht haben, so der Vorwurf. Nach einer Verfügung lieferte Comparis Meierhans die verlangten Informationen zum Geschäft.

Jetzt eskaliert der Streit: Comparis weigert sich, Meierhans weitere Fragen zu beantworten. «Er hat in den letzten neun Monaten keinen Nachweis geliefert, dass wir über eine marktbeherrschende Stellung verfügen. Damit

gibt es auch keine Rechtsgrundlage für weitere Auskünfte», sagt Felix Schneuwly, der Chef Public Affairs von Comparis.

Dass Comparis eine dominante Position unter den Vergleichsdiensten einnimmt, ist unbestritten. Rund 90% der Nutzerinnen und Nutzer landen auf der Plattform, wenn sie nach Versicherungen suchen. Auch bei den Offertanfragen an die Versicherungen hat Comparis die Nase vorn. Je nach Bereich erhält Comparis dafür zwischen 19 und 62 Fr. Auch die Preiserhöhungen sind unbestritten: Nach über zehn Jahren mit stabilen Tarifen habe man diese 2020 und 2021 um 10 bis 15% erhöht, sagt Schneuwly.

Daraus einen Missbrauch abzuleiten, wie dies der Preisüberwacher tut, hält er aber für verfehlt. Wie oft in solchen Fällen dreht sich der Streit darum, was der relevante Markt ist. Nur die

«Die Versicherer sind selber schuld, dass Comparis so dominant ist.»

Patrick Ducret, Bonus.ch

Online-Vergleichsdienste, sagen die Versicherer, der gesamte Online-Vertrieb der Versicherungen, entgegnet Schneuwly. «Unser schärfster Konkurrent ist Google», sagt er. Die Anbieter schalten Werbung auf der Suchmaschine, zudem haben sie ihre eigenen Auftritte im Internet. Manche Versicherer bauen sogar Fake-Seiten auf, die sich als Vergleichsdienste tarnen, tatsächlich aber nur dazu dienen, an die Adressdaten von wechselwilligen Kunden heranzukommen.

Als Beweis dafür, dass er recht hat mit seiner Marktdefinition, führt Schneuwly die Umsatzverluste von Comparis in den letzten Jahren an. «Google und die Online-Vertriebskanäle der Versicherungen haben Marktanteile gewonnen», sagt er. Dort erhalten die Konsumenten keine Auswahl, sondern nur das Angebot der Versicherung, die am meisten zahlt für die beste Platzierung bei Google. «Wir verlieren gegenüber Kanälen, die für die Konsumenten klar weniger gut sind als eine neutrale Vergleichsplattform.»

Schneuwly wirft Meierhans deshalb vor, gegen seinen eigenen Auftrag zu verstossen: «Er kämpft nicht für die Konsumenten,



Stefan Meierhans



Felix Schneuwly

sondern für die Industrie.» Meierhans zeigt sich wenig beeindruckt. «Der Missbrauchsverdacht konnte bis dato nicht ausgeräumt werden», sagt er auf Anfrage. Im Übrigen sei der Preisüberwacher «keine Konsumentenschutzorganisation, sondern hat aufgrund seines gesetzlichen Auftrags Preismissbrauch zu verhindern oder zu beheben». Wer davon betroffen sei, spiele keine Rolle. «Missbräuchlich hohe Preise sind volkswirtschaftlich schädlich,

weil sie eine unbegründet hohe Rendite abwerfen.» Darunter litt auch die Konsumenten, weil die Versicherungen die Gebühren in ihre Tarife einkalkulierten, so Meierhans.

Wettbewerb sei nun einmal nicht gratis zu haben, die Bereitstellung neutraler Informationen habe ihren Preis, sagt Schneuwly. Die Kosten seien aber weitaus geringer als der Nutzen für die Konsumenten, denn die Transparenz erhöhe den Druck auf die Prä-

mien. «Auch für die Versicherungen sind wir ein viel günstigerer Akquisitionskanal als Google und die eigenen Plattformen.»

Die Konkurrenz eilt ihm zu Hilfe. «Comparis ist die Lokomotive für alle Vergleichsdienste», sagt Patrick Ducret, CEO der Plattform Bonus.ch. Die Versicherer seien selber schuld daran, dass Comparis eine derart starke Stellung habe, hätten sie es doch verpasst, Alternativen wie Bonus.ch zu stärken, obwohl diese preislich deutlich günstiger seien.

Die Versicherer halten sich bedeckt. Die angefragten Verbände verneinen, dass sie hinter der Anzeige gegen Comparis stünden. «Grundsätzlich sind Vergleichsdienste wichtig für die Versicherten», sagt Matthias Müller, Leiter Politik und Kommunikation bei Santésuisse. «Am meisten Transparenz bietet hierfür nach unserer Erfahrung der Prämienrechner des Bundes, priminfo.ch.»

Für Comparis dürfte die Gelegenheit nicht so schnell ausgestanden sein. Der Preisüberwacher will die Herausgabe von Informationen per Verfügung erzwingen. «Stand heute gehen wir davon aus, dass Comparis markt-mächtig ist», schreibt Meierhans.